Freie Demokraten im Hessischen Landtag

UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS STEUERFAHNDER

19.01.2010

„Wir respektieren, dass die Opposition von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen will, um den Sachverhalt um die zwangspensionierten Steuerfahnder aufzuklären", erklärte Rentsch.

Nicht akzeptieren werde man jedoch jeden Versuch, dass parteipolitische Theater der letzten Monate ziellos fortzusetzen. „Wenn ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden soll, dann müssen alle offenen Fragen auf den Tisch", so Rentsch. Dabei gehe es auch darum, zu klären, wie die auffälligen Krankenzeiten der Fahnder zu werten seien und wieso diese sich nicht gegen ihre Zwangspensionierung durch Rechtsmittel gewehrt hätten.

„Alle diese Aspekte werden von der Opposition gerne verschwiegen. Auch diese Fragen sollen jedoch beantwortet werden", betonte Rentsch.

Kontakt:
Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 22.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=2641